

-Report März 2005

Autobahn - eine reale Gefahr

Liebe Bürgerinnen und Bürger von Marchegg und Breitensee!

Es hat länger gedauert, bis wir uns wieder in dieser Form an Sie wenden konnten. Viele von Ihnen haben ja unsere Informationsveranstaltung im November 2003 besucht, in lokalen und überregionalen Medien waren immer wieder von uns initierte Berichte zu finden. Zusammenhänge gehen auf dem Weg über Massenmedien leicht verloren. Auch hier wird der Platz nicht reichen. Was finden sie also auf diesen beiden Seiten:

- 1) Das Wichtigste vorweg: lesen sie nebenstehend über die reale Gefahr, dass Marchegg in Zukunft an einer Autobahn mit massivem Durchzugsverkehr zwischen Wien und Bratislava liegen könnte.
- 2) Informieren sie sich im Anschluss über weitere wesentliche Entwicklungen der turbulenten letzten eineinhalb Jahre.
- #Die sogenannte "Umfahrung" #Spatenstiche
- #Stunde der Wahrheit
- #Planungsprozess Marchfeldteam
- 3) Kommentierte Gemeindepolitik

#Schmidts Bürgerinformation #"Naturbürgermeister" #Emanzipiert sich die SPÖ?



Viele wollten uns nicht glauben, als wir bereits 2002 den Weg zum Marchfeldautobahnprojekt vorgezeichnet sahen. Im Juli 2003 legte LH Pröll dann die Karten auf den Tisch und machte das Vorhaben offiziell. Eine Marchfeldautobahn sollte in den Generalverkehrsplan neu aufgenommen werden. - dann muss der Bund zahlen. Seit Jahresbeginn 2004 liegt daher ein entsprechender Antrag beim Verkehrsministerium. (Dort hat man angesichts fehlender Mittel bisher wenig Freude damit). Kritik der Gemeinden an der Autobahn kam zunächst nicht. Erst mit ziemlicher Verspätung und der näherrückenden Gemeinderatswahl schienen einige Marchfeldbürgermeister, erkannt zu haben, dass sie mit einer Autobahn nicht das bekommen, was sie eigentlich wollen, wünschen sie sich doch eigentlich nur eine Umfahrung ihrer Ortsgebiete.

Eine Marchfeldautobahn löst keines der tatsächlichen Verkehrsprobleme in der Region (Umfahrungen an der B8 und in Wiennähe, Verbesserung des öffentlichen Verkehrs, lokaler Grenzverkehr) sondern schafft zusätzlich neue. Nicht oft genug kann daran erinnert werden, dass Autobahnen unter anderem deshalb bei Anrainern so "beliebt" sind, weil von ihnen beträchtliche gesundheitsgefährdende Wirkungen ausgehen. Lärm, Emissionen und hier insbesondere die Feinstaubbelastung, die in der Ostregion ohnehin bereits hoch ist, haben negative Folgen für Gesundheit und Lebensqualität.

Übrigens: Seit Schnellstraßen nicht mehr in "Sparvarianten" errichtet werden, sind die Begriffe Autobahn und Schnellstraße gleichbedeutend. Für beide ist der Bund zuständig und es besteht Mautpflicht. Landesstraßen B (früher Bundesstraßen) werden vom Land finanziert, können durchaus großzügig ausgebaut sein, sind aber nicht mautpflichtig. Wenn in den Lokalmedien von der "Marchfeldschnellstraße" die Rede ist, dann ist aber oft fälschlich nicht eine Schnellstraße gemeint, sondern eine Landesstraße B.

"Umfahrung" Marchegg

Großer Druck lag hinter dem Vorhaben in irgendeiner Form eine Straßenbrücke über die March zu legen. LH Pröll wollte sie am 1. Mai 2004 eröffnen, sie wäre der erste "Fuss in der Tür" für die nachfolgenden Straßenvorhaben gewesen.

Deshalb war auch eine Straßenbrücke in Marchegg seit 2002 heißes Thema. Weniger Beachtung fanden so "nebensächliche Details" auf die es tatsächlich aber ankommt wie der Anschluss ans Verkehrsnetz.

Im Frühjahr 2003 lagen Pläne vor, wonach eine provisorische Straßenbrücke über die March über einen ausgebauten Feldweg vor der Unterführung beim Lagerhaus in die Bahnstraße münden sollte. Diese Anbin-

dung war auch in zwei Sitzungsprotokollen vom März 2003 festgehalten, die Bgm.. Schmidt jeweils als Teilnehmer anführten. Dennoch stritt Schmidt die Existenz dieses Vorhabens ab und behauptete, Brücke und Marchfeldquerung würden gemeinsam errichtet, obwohl dies schon von der Verfahrenslage her nicht kurzfristig möglich war.

Noch deutlicher wurden die Widersprüche im Herbst 2003: Schmidt warnte plötzlich vor genau dem Projekt, dessen Existenz er vorher abgestritten hatte und präsentierte sich den Medien als erfolgreichen Kämpfer für eine "Umfahrung". Was bei dieser Gelegenheit keine Erwähnung fand: Falls eine neue Straße von einer Straßenbrücke in

die B49 mündet, so wird zwar Marchegg-Bahnhof nicht mehr durchfahren. Die auf



die B49 geleiteten Fahrzeuge lösen sich dort aber nicht in Luft auf, sondern suchen den Weg Richtung Wien über Breitensee oder über Fünfhaus und Marchegg-Stadt! Nicht nur Hainburg hat ein Wienertor, sondern auch Marchegg. Der Durchzugsverkehr der letzten zehn Jahre hat die Lebensqualität der Stadt Hainburg schwer beschädigt und stark verschlechtert. Ein Vorbild für Marchegg?

Spatenstich auf Spatenstich

Landeshauptmann Erwin Pröll bereicherte die weitere Entwicklung rund um Straßenbrücke und Straße auf seine Weise. Anstelle der zunächst in Aussicht gestellten Informationsveranstaltung versuchte er sich erneut an einem Spatenstich für eine Straßenbrücke (ein erster Versuch war bereits im März 2003 gescheitert). Dass die Geneh-



migungen für die Brücke fehlten, spielte für Pröll keine Rolle.. Die Feier verlief für den Landeshauptmann nicht sehr erfreulich, vor Ort gab es heftige Kritik. Pröll und Straßenbaudirektor Stipek ließen aufmerksame Beobachter merken, wie ernst sie Bgm. Schmidt und seine Umfahrungswünsche wirklich nehmen. Stipek sprach überhaupt bereits offen von einer Autobahn

LH Prölls Stunde der Wahrheit

Zum Jahrewechsel 2004 "pfeileruntergrundsanierte" man bei Minusgraden unter schwierigen Bedingungen, weitere Arbeiten an den Pfeilern wurden nicht mehr aufgenommen. Im Frühjahr wurde klar, dass ein grenzüberschreitendes Projekt eben zwei Seiten braucht. Landeshauptmann Roman erteilte einer Straßenbrücke bei Marchegg eine Absage und Pröll erntete die Früchte seiner fehlgeschlagenen Diplomatie.

Schade nur: Das ursprüngliche Vorhaben einer kleinen Brücke für Fußgänger und Radfahrer, das schon längst hätte realisiert werden können, ist durch diese Vorgangsweise von einer Umsetzung ebenfalls weit entfernt.

Das "Marchfeldteam"

Seit Juli 2004 läuft ein Planungsprozess für die Region im sogenannten "Marchfeldteam", an dem Planer, Beamte aus Land und Bund auch Bürgermeister, Kammervertreter Umweltorganisationen und die BIMM teilnehmen. Formal ist Ergebnisoffenheit festgelegt und es soll nicht nur um Verkehrsplanung gehen, de facto bleibt die Art der Projektleitung (Abteilung Autobahnen und Schnellstrassen) und ihr Auftrag natürlich nicht ohne Auswirkungen.

Warum wurde dieser Planungsprozess

gestartet?: Für die Marchfeldregion fehlen Planungs- und Entscheidungsgrundlagen, ohne die Weichenstellungen für die Zukunft reine politische Willkürakte bleiben.

Im Büro des Landeshauptmanns weiß man zwar auch ohne diese Grundlagen genau, was man will. Für eine Autobahn sind aber andererseits Verfahren erforderlich, die man ohne entsprechende Unterlagen nicht beginnen kann und die eben erst erarbeitet werden müssen. Untersuchungsergebnisse über die räumlichen Gegebenheiten im Marchfeld liegen bereits vor, Verkehrsszenarien wurden konzipiert, aber noch nicht durchgerechnet. Von Trassenfestlegungen ist man weit entfernt, allerdings wurden Planfälle ausgearbeitet, wie künftige Straßenverbindungen im Marchfeld verlaufen könnten.

Die Gespräche im Marchfeldteam verlaufen mitunter kontroversiell. Einigkeit besteht in der Befürwortung einer raschen Verbesserung der Ostbahn. Für die BIMM - und nicht nur für uns - ist das die Chance, die vielzitierte Verkehrsverlagerung auf die Schiene konkret anzupacken..

Zur Gemeindepolitik

Mehr Information für die Bürger, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Schmidt kandidiert also noch einmal bei den Gemeinderatswahlen. Sollte uns das verwundern? Nun, im Juni 2002 hatte er in einem Gespräch, das wir mit ihm führten, noch erklärt, dass er nur eine Amtszeit zur Verfügung stünde. Er ist nicht der erste, der so eine Entscheidung revidiert hat. Er sagte aber auch sinngemäß, dass er seine Projekte durchziehen würde und erklärte im übrigen, dass er von Bürgerinformation nichts halte. Wenn sich auch sehr viele seiner sonstigen Ankündigungen nicht bewahrheiteten, in diesem Punkt blieb er konsequent. Es gab bis heute keine von ihm initiierte Informationsveranstaltung über die Straßen- und Brückenprojekte, anderswo ist das Standard. Informationen, die ihm zur Verfügung standen, wurden und werden zum Teil bis heute zurückgehalten. Sollte man nicht als Mindestvoraussetzung von jedem Bürgermeister eine transparente Informationspolitik erwarten können? Ist dies nicht umso wichtiger, wenn es um Weichenstellungen geht, die auf Jahrzehnte hinaus das Leben in der Region bestimmen werden? Diese werden zwar nicht vorwiegend auf Gemeindeebene getroffen, es ist aber wesentlich, wie sich eine Gemeinde dazu positioniert!

Nun ist es jedem unbenommen, eine eigene Position einzunehmen und zu vertreten, aber sollte ein Bürgermeister nicht darüber hinausgehende Verantwortung zeigen? Bgm. Schmidt hat nicht nur nicht informiert Er hat die Bevölkerung getäuscht, indem er die geplante Anbindung einer Straßenbrücke an die Bahnstraße abgestritten hat, obwohl er es hätte besser wissen müssen.

"Naturbürgermeister"?

So eine Gemeinderatswahl bringt es mit sich, dass in kurzer Zeit sehr viele Themen aufgegriffen werden. In den Mittelpunkt der Gemeindepolitik gerückt ist ein Projekt zur Aufwertung der "Langen Luss". Durch Umstellung der Bewirtschaftung und Flächentausch soll dieses seit Jahren gefährdete Naturgebiet neue Möglichkeiten erhalten, sich positiv zu entwickeln. Dieses Projekt wurde bisher vom Distelverein und Naturschutzbund vorangetrieben - und von der BIMM stark befürwortet. Nun hören wir. dass Bgm. Schmidt und Vizebgm. Maywald sich neuerdings auf das Thema Lange Luss stürzen, und fragen uns "Kann sich das auf die abgelaufene Amtsperiode beziehen oder soll das eine Ansage für die Zukunft sein?" Noch am 3.5.2004 wurde Schmidt in der Presse zitiert bei Angern sei das Naturschutzgebiet "noch viel ärger als bei uns". Also die Assoziation mit einem "Naturbürgermeister" rief das nicht gerade hervor. Sollten plötzlich Naturgebiete nicht mehr als bloßes Hindernis angesehen werden? Das wäre zwar überraschend, aber erfreulich. In jedem Fall gilt: Es soll niemand daran gehindert werden, in Zukunft das Richtige zu tun!

SPÖ imitiert?

Die niederösterreichische Sozialdemokratie zeichnete sich auf Landes- und Bezirksebene bisher dadurch aus, dass sie, was Straßen, Brücken etc. betraf, dasselbe wollte wie die ÖVP. Die Kritik der SPÖ-NÖ bezog sich vor allem darauf, dass alles "so lang" dauerte. Von der SPÖ Marchegg kam ein "ja-aber". Es bleibt die Frage, ob sich die Marchegger SPÖ in Zukunft klar positionieren,von ihren Parteikollegen in dieser Frage emanzipieren und zu einer eigenständigen Position finden wird.

In eigener Sache

Aussendungen wie diese sind teuer, auch wenn sie nicht in aufwändigem Farbdruck produziert sind. Wenn sie Interesse an Information haben oder die Tätigkeit der BIMM für unterstützenswert halten, bitten wir sie um die Überweisung eines Betrags ihrer Wahl an:

Marchfelder Volksbank Marchegg, BLZ 42110, Nr.:82325060000

Wenn sie an den monatlichen BIMM Sitzungen teilnehmen wollen, dann nehmen sie bitte Kontakt auf und erfragen den aktuellen Termin

0699/12419913, bimm@wuk.at http://www.wuk.at/bimm/